**(7) Positionen 2: Ein Brief von Fritz (Perez) Naphtali an Paul Hertz**

Anfang 1934 richtet Fritz Naphtali, vor 1933 Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin und Mitglied der SPD, von Palästina aus einen Brief Paul Hertz, Mitglied im Parteivorstand der SPD in Prag (Sopade).[[1]](#footnote-1) Er geht dabei auf die Umstände ein, die im Mai und Juni 1933 zuerst zur Spaltung, dann zur faktischen Selbstauflösung der SPD[[2]](#footnote-2) geführt hatten. Hertz wie Naphtali sind jüdischer Herkunft:[[3]](#footnote-3)

„Lieber Genosse Hertz,

ich habe mich sehr gefreut, aus Ihrem Brief vom 13. 1. zu ersehen, daß mein Brief vom 30. 12. [1933] dort [vermutlich beim Exilvorstand der SPD] nicht falsch verstanden worden ist. Was das Vergangene anbelangt, so handelt es sich nicht um Erfahrungen persönlicher Art. Aber daß in jener verhängnisvollen Juni-Sitzung der sozialdemokratischen [Reichstags-] Fraktion, die eine Mehrheitsentscheidung für Hitler brachte, in dem Kreis der Menschen, die nun einmal das höchste Vertrauensamt der Partei erhalten hatten, es möglich war, einfach mit antisemitischen Argumenten zu arbeiten, ohne daß die, die sie gebrauchten, sich dadurch unmöglich machten, war in der Tat mehr, als ich, der ich ja diesen Punkt immer stark empfunden habe, für möglich gehalten hätte.

Daß bei den Gewerkschaften, deren Führer auch leitende Parteigenossen waren, der Antisemitismus nicht die geringste Hemmung für eine Verständigung mit Hitler gebildet hätte, vervollständigt das Bild. Und der Spitze entsprach in dieser Beziehung der Körper unten. In Eichkamp z.B. haben Helfer der ‚Kinderfreunde‘[[4]](#footnote-4) nach dem 5. März einen jüdischen Jungen – Sohn von Arnold Zweig – gebeten, doch freiwillig auszutreten, da die Mitgliedschaft von Juden die Verständigung über das Fortbestehen [der Organisation] erschweren würde!

Wenn das alles möglich war, so hat es mich allerdings in der Auffassung bestärkt, wie erschreckend oberflächlich die sozialistische Ethik in unserer Bewegung war und wie weit sozialdemokratisches Bekenntnis davon entfernt ist, für sich allein das Problem des Lebens der Juden in der nichtjüdischen Umwelt zu lösen. Selbstverständlich weiß ich, daß es auch Menschen mit anderer Haltung unter unseren Freunden gab und gibt, und ich persönlich habe ja die größte Hilfe von dem Nichtjuden Staudinger gehabt, [[5]](#footnote-5) der allerdings wegen seiner Judenfreundschaft immer etwas suspekt war.

Ich glaube, daß es bei einer Regeneration der sozialdemokratischen Bewegung notwendig sein wird, auch diese geistige Seite nicht zu verschleiern, sondern zu einer wirklichen Klärung zu bringen […]. Es handelt sich dabei weniger um uns Juden als um die Sozialisten, die sich leider vor der Ansteckung von Seuchen [gemeint ist der Antisemitismus] so wenig geschützt erwiesen haben.

Mich hat auf diesem und anderen Gebieten die innere Schwäche mehr deprimiert als die Niederlage, die historisch genauso wenig gegen die Idee bedeutet, wie der Erfolg der Barbaren für ihren ‚Geist‘ spricht. Und ich bin ein wenig mißtrauisch gegen den inneren Regenerationsprozeß, wenn er allzu sehr darauf beschränkt wird, die äußere ‚Revolution‘ zu kultivieren. Ich persönlich halte sehr wenig von Rachedrohungen und von Analysen, die sich daran delektieren, festzustellen, daß auch auf die Historie unserer Tage Marx-Zitate anwendbar sind; ich glaube vielmehr, daß es auf lange Sicht darauf ankommt, die freiheitliche und ethische Konzeption des Sozialismus zu fundieren und der Barbarei entgegenzustellen.

Nicht daß wir die Bergwerke nicht rechtzeitig verstaatlicht haben oder daß wir nicht genügend Gegner umgebracht haben, war, wie ich glaube, die Hauptquelle unseres Zusammenbruchs, der etwas anderes und vielleicht schlimmeres ist als unsere Niederlage, sondern daß es uns nicht gelungen ist, Leidenschaft für Freiheit und Gerechtigkeit als sozialistische Elemente wach zu halten – weil wir diese Grundelemente bei uns selbst viel zu sehr relativiert haben.

Diese Auffassung wird bei mir, wie ich zugebe, sehr bestärkt dadurch, daß ich bei allem Bemühen, die Grundlagen neu zu überdenken, von meiner reformistischen Auffassung auf dem Gebiet der sozialistischen Ökonomie nicht loskomme und immer das Gefühl habe, daß der Radikalismus auf diesem Gebiet ein Luxus ist, den man sich nur im Zustand der völligen Machtlosigkeit leisten kann“.

Fritz Naphtalis Brief an Paul Hertz ist in erster Linie eine Abrechnung mit der Anpassungsbereitschaft von Teilen der SPD, speziell von Parteivorstand und Reichstagsfraktion, an den nationalsozialistischen Antisemitismus und damit an die Politik Hitlers.[[6]](#footnote-6) Er kritisiert diese Anpassungsbereitschaft als eine prinzipienlose, ‚unethische‘ Politik. Wenn Naphtali von „jener verhängnisvollen Juni-Sitzung“ spricht, „die eine Mehrheitsentscheidung für Hitler brachte“, bezieht er sich vermutlich auf die Sitzung vom 10. Juni des in Berlin verbliebenen, noch in Freiheit befindlichen Teils der Reichstagsfraktion. Auf dieser Sitzung wurde dem Prager Parteivorstand das Recht abgesprochen, sich als SPD-Vorstand zu äußern.

 Von entscheidender Bedeutung ist für Naphtali, dass auf dieser Sitzung anscheinend offen mit antisemitischen Argumenten operiert wurde. Ebenso weist er darauf hin, dass für die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Antisemitismus der NSDAP offensichtlich kein prinzipielles Hindernis für eine Verständigung mit Hitler bildete. In Unterorganisationen der SPD wie den „Kinderfreunden“ wurden, so Naphtalis Information, um das Fortbestehen der Organisation zu ermöglichen, jüdische Jugendliche angehalten, „freiwillig auszutreten“. Für Naphtali ergibt sich daraus, dass die SPD versagt hat, zumindest im eigenen organisatorischen Bereich („für sich allein“) „das Problem des Lebens der Juden in der nichtjüdischen Umwelt zu lösen“.

 Naphtalis Brief wirft ein grundsätzliches Problem auf. Er zeigt, dass Teile der deutsch-jüdischen Bevölkerungsgruppe sich den sozialistischen Parteien angeschlossen hatten, weil sie aufgrund der weltanschaulichen Ausrichtung dieser Parteien davon ausgegangen waren, dass hier „das Problem des Lebens der Juden in der nichtjüdischen Umwelt“ einer Lösung zugeführt werde. Mit dem Scheitern dieser Hoffnung verloren die sozialistischen Parteien deshalb in einem zentralen Bereich ihres sozialpolitischen Selbstverständnisses die Glaubwürdigkeit und – als möglicherweise schwerwiegendere Folge – ihre politische Bindungsfähigkeit und Überzeugungskraft. Naphtalis Brief ist ein Zeugnis wachsender Distanz gegenüber den nichtjüdischen politischen Freunden. Den sozialistischen Parteien war es – so das Urteil von Naphtali – nicht gelungen, die „Leidenschaft für Freiheit und Gerechtigkeit als sozialistische Elemente wach zu halten“. Das ist ein Verdikt, dessen Tragweite die sozialistischen Parteien nicht einmal im Ansatz erkannten.

Diese Enttäuschung macht es verständlich, weshalb das „jüdische Exil“ sich zum überwiegenden Teil in anderen Strukturen organisierte als das „politische Exil“, ebenso, dass es zu keiner Kooperation oder Verständigung über eine gemeinsame Strategie kam, obwohl dies aus einer Vielzahl von Gründen naheliegend und zweckmäßig gewesen wäre. Dass Naphtali, der engagierte Sozialist, diesen Sachverhalt klar und offen artikuliert, ist eine Ausnahme im Diskurs des politischen Exils. Der Widerspruch zwischen der Programmatik und der Realität des politischen Agierens, den Naphtali entspricht, ist im Übrigen auch nicht erst ein Resultat der politischen Krise des Jahres 1933, sondern er hatte, wie Naphtali indirekt mit dem Hinweis auf Staudingers „Judenfreundschaft“, die „schon immer etwas suspekt war“, andeutet, lange vorher bereits – offen wie latent – bestanden.

1. Zur Biografie von Fritz (Perez bzw. Peretz) Naphtali und Paul Hertz vgl. *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933.* Hrsg. von Werner Röder und Herbert A. Strauss. Bd. I. München [u.a.] 1980. – Zur Rolle von Paul Hertz im Exil vgl. Ursula Langkau-Alex: „Es gilt, die Menschen zu ändern…“. Zur Politik des Sozialdemokraten Paul Hertz im Exil. In: *Exilforschung* 8 (1990), S. 142 – 156. [↑](#footnote-ref-1)
2. Noch bevor das Verbot der SPD erfolgte, war die Tendenz zur Selbstauflösung bereits deutlich erkennbar. Vgl. Ludolf Herbst: *Das nationalsozialistische Deutschland*, S. 70. [↑](#footnote-ref-2)
3. Abgedruckt in: *Sie flohen vor dem Hakenkreuz.* Selbstzeugnisse der Emigranten. Ein Lesebuch für Deutsche. Hrsg. von Walter Zadek. Reinbek 1981, S. 43 – 35. Das Original des Briefes befindet sich im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. [↑](#footnote-ref-3)
4. Hier ist die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“ gemeint. Es handelt sich um eine Untergliederung der SPD. Ihre Funktionäre waren Mitglieder der SPD, der SAJ, der Arbeiterwohlfahrt und der Gewerkschaften. Die Nachfolgeorganisation ist die heutige Jugendorganisation der SPD „Die Falken“. – Mit dem Hinweis auf „Eichkamp“ nimmt Naphtali offensichtlich Bezug auf ein Heim der „Kinderfreunde“ in Berlin-Eichkamp. [↑](#footnote-ref-4)
5. Fritz Naphtali war im Mai 1933 von der Gestapo verhaftet worden. Mit einem waghalsigen Täuschungsmanöver gelang es seinem Freund Hans Staudinger, dass Naphtali aus der Haft wieder entlassen wurde. – Zur Person von Staudinger vgl. ebenfalls das *Biographische Handbuch.* [↑](#footnote-ref-5)
6. Patrik von zur Mühlen spricht davon, dass die SPD im Mai/Juni 1933 „in mehreren Fällen“ der Versuchung erlag, „das drohende Ende der Partei durch Wohlwollen und Anpassung hinauszuzögern“. Hierzu führt er als Beispiele die sozialdemokratische Zustimmung zu Hitlers Regierungserklärung vom 17. Mai 1933, der vorgeblichen „Friedensresolution“, an, die Versuche, die Schwesterparteien des Auslandes und an der Saar zur Mäßigung ihrer Kritik am NS-Regime zu bewegen, und den Austritt der SPD aus der Sozialistischen Arbeiterinternationalen. Am 19. Juni 1933 wird den Emigranten das politische Mandat abgesprochen. Vgl. Patrik von zur Mühlen: Die SPD zwischen Anpassung und Widerstand. – In: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus.* Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg. von Jürgen Schmädeke u. Peter Steinbach. München/Zürich 1994, S. 86 – 98, hier S. 94. [↑](#footnote-ref-6)